

[13-5.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Frau Vorsteherin,

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Haushalt der Koalition ist auch ein Haushalt der Rekorde. Allerdings nicht im Positiven. Der härteste Rekord - und das betrifft die nachfolgenden Generationen - ist der Rekord, der hier bei der Verschuldung aufgestellt wird. In diesem Jahr ist ein Anstieg von etwa einer halben Milliarde Euro auf am Ende etwa drei Milliarden Euro Verschuldung vorgesehen. Das ist der Plan, den die Koalition verfolgt. Der Plan endet allerdings nicht am 31.12.2022, sondern geht auch über die nächsten Jahre weiter. Das ist auch das Konzept, dass es eine Finanzplanung gibt, die auch die nachfolgenden Jahre in Aussicht nimmt. Aber da geht es nicht etwa nach unten, wie vielleicht ein Konzept auch aussehen könnte, sondern da geht es weiter nach oben. Unverhohlen wird die Verschuldung in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2025 nach dem Plan der Koalition auf vier Milliarden Euro steigen. Das ist keine nachhaltige Politik, meine Damen und Herren. Das geht auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

(Beifall)

Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Markenzeichen verantwortungsvoller Politik. Das schließt den Klimaschutz mit ein, da sind wir dabei. Aber das schließt auch noch anderes ein, und dazu gehören auch solide Finanzen einer Kommune eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, wo man Rücksicht auf die Generationen nimmt, die später kommen, die man nicht in eine Sackgasse führen darf.

Der Haushalt ist trotz dieser enormen Verschuldung am Ende des Jahres aber trotzdem nicht so gelungen, dass er etwa mit einem Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben daherkäme, sondern auch beim Defizit werden eindrucksvolle Höhen erklommen, leider in die falsche Richtung. Mit über 200 Millionen Euro Defizit ist sozusagen von vornherein einkalkuliert, dass die Einnahmen die Ausgaben nicht decken werden. Das hat der Koalition noch nicht gereicht, da wurden noch einmal 15 Millionen Euro mit eigenen Anträgen aus den Fraktionen der Koalition obendrauf gelegt. Das ist auch allen bewusst. Frau Kollegin Busch hat dann der Presse gegenüber erklärt, das müsse der Magistrat irgendwie lösen. Das war aber von vornherein auch so besprochen, das wusste der Magistrat. Okay, das nehmen wir einmal so zur Kenntnis. Aber es ist natürlich gleichzeitig auch sehr ehrlich, um es positiv zu formulieren, wie man sich da verpflichtet fühlt und welche Ziele man gemeinsam verfolgt. Solide Finanzen in dieser Stadt und auch eine Rückkehr zu einer Ausgewogenheit der Einnahmen und Ausgaben auf dem Weg in die Zukunft gehören leider nicht dazu.

Wenn ich kurz auf die Anträge aus den Koalitionsfraktionen eingehe, dann will ich durchaus feststellen, dass da einige gute Vorschläge dabei sind.

(Beifall)

Ich sage aber auch - der Satz geht noch weiter -: In manchen Fällen hätten Sie besser das Original genommen und nicht eine schlechte Kopie gebastelt.

(Beifall)

Ob das jetzt die Datenbank für Frankfurter Opfer der Euthanasie ist, ob das die Museumsführungen für Inklusivklassen sind, ob das Förderungen für Kultureinrichtungen wie die Freie Kunstakademie oder die Alte Seilerei sind, das sind nur ein paar Beispiele dafür. Aber wir freuen uns, wenn am Ende diese sinnvollen Zwecke auch entsprechend in den Haushalt eingefügt werden. Allerdings wäre es bei uns finanziell solider gewesen. Wir haben nämlich größtenteils auch eine Gegenfinanzierung dafür angeboten. Das unterscheidet uns von Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wo Sie leider nicht mitgegangen sind, darauf komme ich später noch einmal zurück, das ist die Sanierung der Industriestraßen, übrigens kein alleiniges Projekt der CDU, sondern auch ausdrücklich gefordert von einer breiten Gruppe, die bei den Kammern und Verbänden anfängt und beim DGB aufhört. Sie haben wegen des desolaten Zustandes der Industriestraßen einen gemeinsamen Hilferuf an die Stadtpolitik gerichtet und darin gefordert und gewünscht, dass es hier zu einer Kraftanstrengung der Stadt Frankfurt kommt. Dem wären wir gerne mit einer Steigerung der Mittel von drei auf sechs Millionen Euro nachgekommen. Dazu haben wir auch eine klare Gegenfinanzierung angeboten. Sie sind bei einer halben Million Euro stehengeblieben.

Mehr Geld als Sie hätten wir auch in die Spielplätze investieren wollen, denn Kinder und Jugendliche sind in dieser Stadt eine wichtige Gruppe, die es in den letzten Jahren schwer hatte. Das hat auch mit Corona zu tun gehabt, wir haben es schon gehört. Die Spielplätze waren nicht zuletzt deswegen extrem wichtig, weil es gerade für die Kinder in beengten Verhältnissen darauf ankam, die Zeit draußen sinnvoll verbringen zu können. Da ist auch, um es einmal offen zu sagen, in den letzten Jahren zu wenig passiert. Da haben sich die zuständige Dezernentin und das Dezernat nicht mit Ruhm bekleckert. Die Spielplätze sind leider über die Jahre hinweg immer weiter verfallen. Wir konnten uns zwar viele Ausreden anhören, aber eine politische Anstrengung in den letzten Jahren, hier einmal zu einer Verbesserung zu kommen, hat es leider nicht gegeben.

Insgesamt wäre es für eine Haushaltspolitik in dieser Stadt sinnvoll, wenn sie dem Motto „Investieren und konsolidieren“ folgen würde. Ausgaben ohne Rücksicht auf Verluste werden am Ende immer jemanden schmerzhaft treffen, das ist unvermeidlich.

Deswegen hätten wir uns als CDU zum Beispiel auch einen Schuldendeckel gewünscht. Ob der bei 2,5 oder 2,8 Milliarden Euro liegt, darüber hätten wir jetzt streiten können. Da geht es aber um die Grundeinstellung. Das unterscheidet uns von Ihnen in der Koalition. Wir sind nämlich der Meinung, dass gerade die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen auch bedeutet, dass man sich selbst engagierte Ziele setzt und, wenn man in den zugegebenermaßen schwierigen Zeiten Haushalte aufstellt, an morgen denkt und überlegt, wie es dann für diejenigen, die nach uns kommen, weitergeht. Deswegen wäre ein Schuldendeckel richtig gewesen. Und deswegen wäre auch ein Abbaupfad für die nächsten Jahre das angesagte Ziel gewesen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist auch nicht so, dass wir hier von unlösbaren Aufgaben reden. Diese Stadt hat Rekorderinnahmen, wenn wir schon bei Rekorden sind. Zwei Milliarden Euro Gewerbesteuer in diesem Jahr, das ist natürlich auch für einen Kämmerer eine erfreuliche Rechengröße. Insgesamt - und da beziehe ich mich auf den Entwurf der Koalition -, gehen Sie von fast 4,5 Milliarden Euro Einnahmen in diesem Jahr aus. Das ist eine unglaubliche Zahl. Wenn eine Kommune über so einen gigantischen Betrag verfügt, dann muss es doch eigentlich möglich sein, einen Weg einzuschlagen, der zum einen die wichtigen Aufgaben in dieser Stadt finanziert, aber zum anderen auch zeigt: Wir erkennen, dass es sinnvoll ist, die Verschuldung perspektivisch wieder abzubauen.

Zur Wahrheit gehört auch: Sie kriegen, wenn es denn klappt, das ist Ihr Ziel, die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushalts nur mit Ach und Krach hin, indem Sie massive Kürzungen - der „Rasenmäher“ ist dafür der Fachausdruck -, Globalkürzungen in den verschiedenen Bereichen heute mit beschließen. Das ist erstaunlicherweise in vielen Bereichen und auch in vielen Teilen dieser Stadt noch gar nicht realisiert worden. Aber da fahren Sie auch eine gewisse Verschleierungstaktik, auf die gehe ich auch noch einmal ein. Was aber die Zahlen hergeben, das wird nicht einmal bestritten, ist, dass der Bildungsbereich der große Verliererbereich dieses Haushalts ist. Insbesondere die Investitionen in den Schulbau gehen nach dem Plan der Koalition dieses Jahr, das Jahr darauf und das Jahr darauf erst einmal immer weiter runter. Die Koalition hat entschieden, dass die Bildung mit 70 Millionen Euro von den 130 Millionen Euro Konsolidierung, die jedes Jahr notwendig sind, um diesen Haushalt mit Mühe und Not ins Ziel zu bekommen und genehmigungsfähig zu machen, die Hauptlast tragen wird. Das war Ihre politische Schwerpunktsetzung.

Aus Sicht der CDU ist allerdings gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir die fehlenden Schulen für unsere Kinder bauen müssen. Es ist auch so, dass alle diejenigen, die mit dem Schulbetrieb zu tun haben, Kinder, Lehrer und Eltern tagtäglich merken, dass es dringend notwendig ist. Wir haben derzeit zehn Schulen mit Sonderklassenüberplan in dieser Stadt - um einmal in dieser Verwaltungssprache zu bleiben. Das heißt, mit Klassen, die zusätzlich

eingrichtet werden mussten, weil es noch mehr Schülerinnen und Schüler als erwartet waren und als man im Bildungsdezernat vorbereitet hatte. Deswegen sehen wir in dieser Entscheidung, die Bildung zum Hauptkonsolidierer zu machen, eine klare Fehlentscheidung dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Jetzt kann ich es mir auch einfach machen. Das hat uns die Koalition, übrigens ganz genau gestern, schwarz auf weiß mit der neuen Vorlage der Bildungsdezernentin bestätigt, mit der jetzt noch einmal ganz dringend nachgeschossen werden soll. 20 Millionen Euro in jedem Jahr als Planungsmittel, um endlich mit etwas voranzukommen, was Frau Stadträtin Weber gerne als Schulbauoffensive bezeichnet und was in dem vorgelegten Haushaltsentwurf völlig untergegangen ist, meine Damen und Herren.

Das war, um es einmal ganz knallhart zu sagen, leeres Gerede letztes Jahr. Da hat Frau Stadträtin Weber von einer Schulbauoffensive gesprochen und von 2,5 Milliarden Euro, was auch eine tolle Sache gewesen wäre, wenn diese Koalition das auch geliefert hätte. Wir müssen aber nüchtern sagen, dieser Haushaltsentwurf ist jetzt schon wieder Makulatur. Denn zum einen - nach dem, was wir heute beschließen - soll der Bildungsbereich die Hauptlast der notwendigen Konsolidierung tragen und zum anderen haben wir jetzt schon eine Vorlage auf dem Tisch liegen, die diesen Haushalt quasi wieder als Update von gestern abstempelt und die deutlich macht, dass wir mit dem Haushalt zwar heute ein Dokument beschließen, welches aber quasi schon ab morgen auch nicht mehr die Grundlage für den Magistrat und die Politik in dieser Stadt sein wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Überhaupt - den Schlenker möchte ich mir noch erlauben - hätten wir etwa aus den Anträgen der Koalitionsfraktionen vielleicht noch einmal ablesen können, wie groß das Interesse dieser Koalition am Thema Bildungspolitik ist, das war aber nicht der Fall. Es gab zwar noch ein paar Mittel mehr für dieses oder jenes Projekt, aber eine Förderung, etwa von grundsätzlichen Strukturveränderungen, ob das den IT-Support in den Schulen betrifft, oder auch das Fehlen von entsprechenden Instrumenten für die schnellere Sanierung von Schulen, macht deutlich, dass Bildungspolitik ein Stiefkind von GRÜNEN, SPD, FDP und Volt ist, meine Damen und Herren.

Die weiteren Verlierer sind übrigens - auch, aber mit deutlichem Abstand - mit jeweils 15 Millionen Euro in jedem Jahr die Kultur einerseits und dieser interessante Mischbereich aus Mobilität und Gesundheit andererseits. Bei der Kultur haben wir letztens schon einmal erfahren dürfen, was das eigentlich irgendwann auch irgendwie einmal für die Betroffenen heißen wird - 15 Millionen weniger. Die Kulturdezernentin hat erklärt, dass bei den Öffnungszeiten für die Museen jetzt kürzergetreten werden muss. Ein Tag wird wegfallen, das bedeutet auf den Punkt gebracht: ein Sechstel weniger Kultur für Groß und Klein, wenn sie in ein Museum gehen wollten. Das ist die neue Sozialpolitik der Ampel, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Stattdessen werden lieber Stellen über Jahre hinweg im Verwaltungsapparat, auch der Kultur, aufgebaut und es gibt diverse Beispiele, wo man sich fragen könnte, ob das Geld nicht anders besser ausgegeben wäre. Dazu - und das ist noch gar nicht so lange her - könnte man zum Beispiel auch die Entscheidung zählen, ob es unbedingt eine extra Geschäftsführung für die Frankfurter Schirn braucht, meine Damen und Herren.

Apropos Stellen: Der Stellenplan ist heute auch auf der Tagesordnung. 250 neue Stellen, die hatte eigentlich schon die alte Koalition beschlossen und dann quasi Anfang letzten Jahres auch im Sinne einer Konsolidierungsmaßnahme verschoben. Deswegen ist das nachvollziehbar und nicht weiter in Zweifel zu ziehen, wenn man das jetzt dieses Jahr nachholen würde. Sie haben aber gleich noch einmal 100 Stellen obendrauf gelegt. Warum eigentlich? Dazu ist hier bisher auch nichts gesagt worden. Wenn man die 250 Stellen aus dem letzten Jahr schafft und besetzt, dann wäre das sicherlich ein sinnvoller Schritt gewesen. Aber, wenn wir schon über Stellen reden, hätte ich mir auch gewünscht, dass wir einmal etwas dazu hören, welche Stellen eigentlich in Zukunft der beschleunigten Erstellung von Bebauungsplänen zugutekommen, meine Damen und Herren. Da haben wir nämlich einen dicken Stau und da wäre es sinnvoll, wenn mehr Personal eingesetzt werden würde. Ob das nun städtisches ist oder Personal, das man von extern hinzuzieht, das wäre uns am Ende egal, Hauptsache, es ginge einmal voran, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Der Sparkurs bei Mobilität und Gesundheit - wo wir im Moment noch rätseln dürfen, wo sich das niederschlagen wird - steht übrigens ganz klar im Widerspruch zu dem eigentlichen und richtigen Schwerpunkt, dass wir in der Verkehrspolitik, insbesondere beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Investitionen brauchen und vorankommen müssen.

Die Koalition spricht gerne von der neuen Klarheit des Haushalts - das war zuletzt auch im Haupt- und Finanzausschuss der Fall. Das kann man so und so sehen. Dieser Haushaltsentwurf ist zunächst einmal - und das würde ich als nicht so wahnsinnig klar und transparent bezeichnen - ein stummer Abschied von wichtigen Projekten, die alle nicht mehr vorkommen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren, weil dafür auch kein einziger Euro an Realisierungsmitteln vorgesehen ist. Das geht los mit der Paulskirche. Da ist kein Euro für die Durchführung der Sanierungsarbeiten vorgesehen. Es sind noch ein paar Planungsmittel aus der Vergangenheit übrig, es ist auch Geld für die Eröffnungsparty im nächsten Jahr vorgesehen, aber die Bundesmittel von fast 20 Millionen Euro, über die wir uns ja vor einiger Zeit sehr gefreut haben und die in Berlin erwirtschaftet beziehungsweise erreicht worden sind, die setzen voraus, dass die Stadt Frankfurt auch selbst Mittel in der gleichen Höhe einsetzt, damit ...

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Claudia Korenke:**

Herr Dr. Kößler, kommen Sie bitte zum Schluss.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:
(fortfahrend)

... diese Bundesmittel frei werden. Davon ist weit und breit nichts zu sehen, meine Damen und Herren. Wir setzen das gleich noch einmal fort.

Vielen Dank!

(Beifall)

[andere Wortmeldungen]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Sehr verehrter Herr Vorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich knüpfe noch einmal an das an, was Herr Huber unter dem Begriff „Haushaltsehrlichkeit“ verstanden hat. Ich glaube, das müssen wir noch ein bisschen ausführen, weil so ein Haushalt, auch wenn er vielleicht heute für den einen oder die andere hier im Saal ein irgendwie trockenes Thema darstellt, doch eine Menge aussagt, und zwar vor allen Dingen über die politischen Schwerpunkte und Ziele, die gerade auch eine regierende Koalition hat, und über die, die sie nicht hat. Betrachten wir die Punkte, die nicht in diesem Haushalt stehen. Beim Haushalt reden wir ja nicht nur über 2022, sondern wir reden auch über die Folgejahre. Es ist im Haupt- und Finanzausschuss schon unterstrichen worden: Auf die neue Haushaltsklarheit bildet man sich sehr viel ein. Was nicht im Haushalt steht, das sei auch sozusagen aus guten Gründen nicht drin und damit müsse auch nicht gerechnet werden. Das sei auch besser, als würden Dinge drinstehen, die dann trotzdem nicht realisiert werden. Das nehmen wir einmal so hin, aber ich will es gerne übersetzen. Das bedeutet auch, dass wir in den nächsten Jahren kein Kinder- und Jugendtheater bekommen, denn es ist mit null Euro in diesem Haushalt und in der Planung für die nächsten Jahre enthalten. Es bedeutet,

dass die Städtischen Bühnen keinen Neubau zu erwarten haben, jedenfalls nicht unter dieser Koalition in der laufenden Wahlperiode, denn es sind null Euro dafür angesetzt. Es bedeutet, dass der Kulturcampus nicht vorankommen wird, denn dafür sind null Euro vorgesehen. Und es ist zum Beispiel auch nicht zu erwarten, dass das Conservation Center im Zoo vorankommt, denn dafür sind - wenig überraschend - null Euro vorgesehen. Das ist deswegen bedauerlich, weil die Zoologische Gesellschaft ihrerseits das Geld bereits zusammen hat und deswegen das Projekt eigentlich vorangehen könnte, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Zu dem vielleicht zu Unrecht als etwas dröge verschrienen Thema Haushalt gehört natürlich auch, was daraus gemacht wird, der sogenannte Haushaltsvollzug, die Realität im Anschluss. Wir haben heute ein großes Zahlenwerk vorliegen, über das in den letzten Wochen und Monaten auch diskutiert worden ist. Aber eigentlich weiß man erst dann, was dahintersteckt, wenn diejenigen, für die auch Kürzungen im Haushalt enthalten sind, wissen, dass sie bei ihnen ankommen und was sie genau bedeuten. Da hat die Koalition bisher nicht viel zu bieten. Wir kennen zwar diese globalen Einsparungen, von denen ich vorhin schon gesprochen habe, wo die Bildung ganz oben steht und wo die Kultur einerseits und Gesundheit sowie Mobilität andererseits auch mit namenhaften Beträgen für die nächsten Jahre auf der Einsparungsliste stehen. Aber wer betroffen ist, wie viel genau eingespart wird und wo es dann auch zu schmerzhaften Auswirkungen für die wirklich betroffenen Gruppen von Menschen beziehungsweise Organisationen kommt, das lässt die Koalition noch im Dunkeln, meine Damen und Herren. Das gilt auch für die Dezernate und Ressorts, die mit kleineren Beträgen, also mit scheinbar kleineren Beträgen dabei sind. Als Beispiel nehme ich das Dezernat für Ordnung, Sicherheit und Brandschutz, da sind es vergleichsweise „nur“ drei Millionen, die jedes Jahr eingespart werden sollen, aber keiner dort weiß, wo genau. Da ist natürlich zu Recht auch die Feuerwehr schon hellhörig geworden und hat festgestellt, dass nach allem, was bekannt ist und was ihr vorliegt, irgendwie auch das Sanierungsprogramm und die Prioritätenliste für die Sanierung der Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr mit bislang zwei Millionen Euro im Jahr nicht mehr zu finden sind, meine Damen und Herren. Ein Träumer, wer da keinen Zusammenhang sieht.

Als ich das Thema Prioritätenliste vorhin gehört habe - ich glaube, Frau Busch hat es im Zusammenhang mit dem Thema Spielplätze angesprochen -, fiel mir noch ein: Wer lange genug dabei ist, der weiß, dass es Prioritätenlisten für Spielplätze schon einmal gegeben hat. Prioritätenlisten sind nur dann etwas Wert, wenn sie auch ernst gemeint sind und abgearbeitet werden, und da hat auch dieser Magistrat noch einige im Programm, die nicht mehr ernst genommen werden können, zum Beispiel das Programm „Schöneres Frankfurt“. Das hatte auch einmal eine Prioritätenliste. Heute ist es ein Zombie und eine Geldquelle für den Planungsdezernenten, wenn er für ein Projekt, das ihm wichtig ist, noch Mittel auftreiben muss.

(Beifall)

Bei den Kürzungen, die im Bereich Kultur und Wissenschaft anstehen, immerhin neun Prozent irgendwie durch die Bank weg, können die Beteiligten auch rätseln, ob es die Städtischen Bühnen, freie Kultureinrichtungen, das Theater, die Kunstvereine oder Musikgruppen betrifft. Die sind alle noch nicht darüber informiert worden, wen es wie trifft. Bei den Städtischen Bühnen immerhin, so konnten wir in der Zeitung lesen, da hat man sich offenbar klargemacht, dass sich das, was im Haushalt steht und was an jährlichem Zuschuss gebraucht wird, nicht mehr deckt. Da ist eine Differenz von fast zehn Millionen Euro. Aber es gibt eine Zauberformel, die auch bislang von allen widerspruchslos geschluckt wurde, die heißt: Das wird aus Rücklagen gedeckt und aus dem Verzicht auf Verbindlichkeiten der Städtischen Bühnen gegenüber der Stadt. Wenn das stimmt, dann ist der Haushalt, über den wir hier heute reden, noch weniger seriös als bisher gedacht, weil der Verzicht auf Verbindlichkeiten eigentlich noch eine Korrektur der Angaben im Haushalt nach sich ziehen müsste.

(Beifall)

Zu dieser Erkenntnis würde jedenfalls jemand kommen, der sich auch nur ganz rudimentär mit den Regeln von Buchführung befasst. Leider müssen wir damit eigentlich zu der Einschätzung kommen, dass das, was die Koalition auch hier an Sparankündigungen formuliert, entweder im Moment noch Geheimnistuerei oder unglaubwürdig ist.

(Beifall)

Es entsteht eher der Eindruck, als ob der Haushalt für diese Koalition nicht viel mehr ist als eine Absichtserklärung, und das ist schon relativ weit aus dem Fenster gelehnt, denn die Koalition, die ja nun doch schon seit ein paar Monaten im Amt ist, hat in den letzten Monaten gezeigt, wie sie auch mit alten Haushaltsregeln umgeht - nämlich locker. Das Wort „Budgetüberschreitung“ ist eine ständige Vokabel in diesem Haus geworden, ob es nun Kultur, Verkehr oder Bildung betrifft. Da gab es jeweils erhebliche Überschreitungen, die es eigentlich nicht hätte geben dürfen, wenn die Dezernentinnen und Dezernenten ihre Aufgaben erledigt hätten. Aber es geschah ein Wunder: Der Jahresabschluss für 2021 hat vieles geglättet, hat die Not gelindert und ist sozusagen auch zu einer Zauberformel geworden, die diese Budgetüberschreitungen in einzelnen Dezernaten mit einem Mantel der Milde überdeckt hat.

(Beifall)

Trotzdem sind so Sätze wie „Aus nicht zugeordneter Konsolidierung konnte ein Betrag von 4,5 Millionen Euro nicht erbracht werden“ der Nachweis dafür, dass auf der Magistratsbank zwar gerne Einweihungen vorgenommen werden, aber bei schwierigeren Aufgaben regelmäßig relativ achselzuckend das Handtuch geworfen wird.

(Beifall)

Mehrkostenvorlagen sind die Regel und nicht die Ausnahme, und wir haben die ehrlich gesagt begründete Befürchtung, dass sich das in Zukunft so fortsetzen wird. Man kann auch nicht alles immer auf Corona und den Ukraine-Krieg schieben.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss. Frau Busch hat vorhin gesagt, Haushaltsanträge, die als Deckung vorhandene Mittel vorsehen, seien ein „Zaubertrick“. So wurde es mir, glaube ich, angedichtet. Ich kann nur sagen, dass es in der alten Koalition ein paar Dezernentinnen und Dezernenten gab, die diese Vorgabe verstanden und auch umgesetzt haben. Die waren zwar nicht begeistert, weil das nämlich für die Dezernentinnen und Dezernenten eine Einschränkung bedeutete, aber es ist eine Aufgabe, die man ernst nehmen und erfüllen kann, und in der letzten Magistratsriege haben das jedenfalls auch einige hinbekommen.

(Beifall)

Wenn Herr Pürsün für die FDP erklärt, dass im Moment leider noch eine Neuverschuldung nötig sei, dann nehmen wir das insofern zur Kenntnis, als es da vielleicht doch auch eine intuitive Wahrnehmung gibt, die in die richtige Richtung geht. Darin kann ich Sie nur bestärken. Wenn Sie von fehlender Ausgabendisziplin sprechen, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, sind wir nicht sicher, ob Sie die richtigen Partner haben, um in Zukunft zu Verbesserungen zu kommen. Wir wollen es aber hoffen.

Vielen Dank!

(Beifall)